

30 von 65 Stimmen im Bundesrat bringt die SPD aktuell auf die Waage – 19 davon aus Koalitionsregierungen mit der CDU. Die FDP kann, wenn es auf eine Zustimmung des Bundesrates ankommt, 29 Stimmen blockieren – das sind kaum weniger als die SPD. Die CDU hat Einfluss auf 52 der 69 Stimmen im Bundesrat. Das Gewicht der SPD in den Ländern war lange nicht so gering. Schröder und seine „Agenda 2010“ gelten gemeinhin als Ursache für Mitgliederverluste, demoskopischen Sinkflug und Wahlniederlagen in Ländern und Kommunen. Im Bund aber gelangen in den Wahlkämpfen 2002 und 2005 dennoch bemerkenswerte Aufholjagden. Während die SPD insgesamt schwächer wurde, baute die Bundesebene in der Partei ihre Stellung gegenüber der mittleren Ebene der Landes- und Bezirksverbände aus. Auszehrung von unten und Zentralisierung nach oben kennzeichnen die Strukturen in der SPD.

Parteifinanzen

Die Parteifinanzen unterstreichen diesen Befund. Einnahmen erzielen die Parteien

hauptsächlich aus Beiträgen, staatlichen Zuwendungen, Spenden und aus Erträgen ihres Vermögens. Zwischen 1997 und 2006 ist der Anteil der Beiträge an den Gesamteinnahmen von 56,2 Prozent auf 41,9 Prozent gesunken, der Anteil der staatlichen Mittel von 32,0 Prozent auf 25,9 Prozent. Der Anteil der Spenden ist stabil geblieben – sie lagen 1997 bei 7,1 Prozent und 2006 bei 7,4 Prozent. Der Anteil der Einnahmen aus Vermögen dagegen ist von 2,1 Prozent auf 10,6 Prozent gestiegen. Während Beiträge, Spenden und die teils an Wählerstimmen, teils an Beiträge und Kleinspenden gebundenen staatlichen Mittel mit den politischen Konjunktoren schwanken, bleiben die Einnahmen aus Vermögen gänzlich unbeeindruckt vom öffentlichen Echo auf die Politik der SPD.

Die Steigerung der Einnahmen der SPD aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit, die sich zwischen 1997 und 2006 mehr als vervierfacht haben, kommt ausschließlich dem Parteivorstand zugute. Die unterschiedliche Entwicklung der Einnahmearten lässt in der SPD den Parteivorstand immer stärker

Entwicklung der Gesamteinnahmen (in tausend Euro)

	1997	1999	2001	2004	2006
Parteivorstand	45 486	50 154	55 129	61 408	66 806
Landesverbände	51 369	53 762	55 327	54 892	49 699
Gliederungen	46 086	52 559	49 516	53 827	50 445
SPD gesamt	143 661	156 475	159 972	170 127	166 950

Entwicklung des Reinvermögens (in tausend Euro)

	1997	1999	2001	2004	2006
Partei Vorstand	76 028	48 641	68 921	72 438	84 342
Landesverbände	27 162	25 941	21 665	5 595	3 257
Gliederungen	62 912	50 966	62 535	55 823	60 207
SPD gesamt	166 102	125 548	153 121	133 856	147 806

werden. Sein Anteil an den Gesamteinnahmen wächst zwischen 1997 und 2006 von 31,7 Prozent auf 40,0 Prozent an. Die Einnahmen der Landes- und Bezirksverbände gehen auch in absoluten Zahlen zurück, ihr Anteil schrumpft deutlich von 35,8 Prozent auf 29,8 Prozent. Der Anteil der Gliederungen sinkt von 32,1 Prozent auf 30,2 Prozent (die Tabelle nennt die Jahre ohne Sondereffekte wie etwa Bundestagswahlen). Bei der CDU werden dagegen die Gliederungen stärker – ihr Anteil an den Gesamteinnahmen steigt in der gleichen Zeit von 44,8 Prozent auf 48,8 Prozent. Die Anteile der beiden anderen Ebenen sinken leicht – bei den Landesverbänden von 24,7 Prozent auf 22,3 Prozent, beim Parteivorstand von 30,5 Prozent auf 29,0 Prozent.

Das Auf und Ab beim Reinvermögen – dem Überschuss aller gebuchten Vermögenspositionen über die Schuldpositionen – stempelt die Landes- und Bezirksverbände als die großen Verlierer des partei-internen Wettbewerbs um die finanziellen Ressourcen. Unter Druck ist die mittlere Ebene auch in der CDU – ihr Anteil am Reinvermögen der Partei sinkt zwischen 1997 und 2006 von 16,8 Prozent auf 9,4 Prozent. Doch bei der SPD stürzen die Landes- und Bezirksverbände in der gleichen Zeit von 16,4 Prozent auf 2,2 Prozent ab. Ihnen scheint jede finanzielle Grundlage für eine eigenständige politische Arbeit verloren gegangen. Während die Gliederungen sich knapp behaupten können, gelingt dem Parteivorstand ein großer Sprung nach vorn – von 45,8 Prozent auf

57,1 Prozent. Er dominiert finanziell die Partei. Ganz anders das Bild bei der CDU: Hier geht der Anteil des Vorstands von 20,7 Prozent auf 17,0 Prozent zurück, die Gliederungen legen von 62,4 Prozent auf 73,6 Prozent zu.

Presse und Parteiunternehmen

Die SPD hält als einzige deutsche Partei Beteiligungen an Presseverlagen und Rundfunkstationen. Diese Beteiligungen sind unter dem Dach der „Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH“ (DDVG) zusammengefasst. Die Konzentrationstendenzen im deutschen Zeitungsmarkt haben die Medienbeteiligungen der DDVG im Wettbewerb der Zeitungsverlagshäuser Schritt für Schritt nach vorn rücken lassen. Nach dem Ausscheiden des wirtschaftlich nicht mehr eigenständigen Süddeutschen Verlags ist die DDVG auf Platz neun vorgerückt. Betrachtet man nicht die Marktanteile – bei deren Berechnung die Auflagenzahl einer Zeitung nur entsprechend dem Kapitalanteil am Verlagshaus berücksichtigt wird –, sondern die Gesamtauflage der Zeitungen, an denen die DDVG eine Beteiligung hält, erscheinen ihre publizistischen Einflusspotenziale deutlich größer: Mit rund zwei Millionen Auflage erreicht sie dann unter Berücksichtigung der Anfang Februar 2009 vereinbarten Übernahme von Regionalpressebeteiligungen des Springer-Verlags durch die Madsack-Verlagsgruppe – auf der Basis der vom Formatt-Institut für das erste Quartal 2008 verwendeten Auflagenangaben – aktuell einen Anteil von

rund 13 Prozent an der Gesamtauflage aller Abonnementzeitungen und damit bei diesen für die Meinungsbildung wichtigen Publikationen Platz eins.

Die SPD hat mit ihren Verlagsbeteiligungen in Sachsen, Niedersachsen und Hessen eine starke, in Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Bayern – und künftig auch in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern – eine jeweils regional bedeutsame Stellung. Die Zahl der Zeitungsverlage mit SPD-Beteiligung ist in den letzten Jahren gewachsen. Zwar zog sich die DDVG vom *Vogtland-Anzeiger* zurück, hauptsächlich aber wurde zugekauft. Die DDVG hält direkt oder indirekt Anteile an den Verlagen der folgenden Zeitungen:

- *Hannoversche Allgemeine* und *Neue Presse Hannover* (23,083 Prozent); beide Zeitungen erreichen mit vielen regionalen Ausgaben und Titeln und ihren Schwesterblättern (*Göttinger Tageblatt*, *Hildesheimer Allgemeine*, *Wolfsburger Allgemeine*, *Peiner Allgemeine Zeitung*, *Gandersheimer Kreisblatt* und viele mehr) eine Gesamtauflage von 354 800.
- *Sächsische Zeitung*, Dresden (40 Prozent); sie erzielt mit ihren regionalen Ausgaben und Schwesterblättern (*Döbelner Anzeiger*) größtenteils im früheren DDR-Bezirk Dresden eine Auflage von 278 200. Im gleichen Verlagshaus erscheint die *Morgenpost für Sachsen*, deren Ausgaben in Dresden und Chemnitz täglich 95 000-mal verkauft werden.
- *Leipziger Volkszeitung* und *Dresdner Neueste Nachrichten* (11,541 Prozent – Übernahme von weiteren 11,541 Prozent von Springer vereinbart). Die beiden Zeitungen aus dem gleichen Verlag haben vor allem im früheren DDR-Bezirk Leipzig eine starke Stellung und erzielen mit regionalen Ausgaben, Titeln und Schwesterblättern (*Naumburger Zeitung*) eine Auflage von 226 000.
- *Frankfurter Rundschau* (40 Prozent); die *Frankfurter Rundschau* hat in Südhessen eine starke Stellung und erscheint in einer Auflage von 153 700. Der Einstieg der DDVG bei dem traditionsreichen linksliberalen Blatt war 2004 heftig umstritten. Die SPD-Schatzmeisterin verteidigte den Zugriff als einzige Chance zum Überleben der Zeitung. Die SPD erwarb damit erstmals eine Beteiligung im Segment der „bundesweiten Qualitätszeitungen“.
- *Ostsee-Zeitung*, Rostock (Übernahme von 11,3 Prozent direkt und 1,3 Prozent indirekt von Springer vereinbart). Das Blatt für den früheren DDR-Küsten-Bezirk Rostock ist im nordöstlichen Mecklenburg-Vorpommern unangefochten und erreicht einschließlich regionaler Titel eine Auflage von 153 300.
- *Neue Westfälische*, Bielefeld (57,5 Prozent); sie erreicht im Raum Ostwestfalen-Lippe einschließlich regionaler Ausgaben und Titel eine Auflage von 153 300.
- *Westfälische Rundschau*, Dortmund (13,1 Prozent); die *Rundschau* erreicht im westlichen Westfalen in Dortmund und den umliegenden Kommunen einen auf 140 000 geschätzten Anteil an der Gesamtauflage der Blätter der WAZ-Gruppe.
- *Kieler Nachrichten*, Kiel (Übernahme von 5,7 Prozent direkt und 1,3 Prozent indirekt von Springer vereinbart). Das Blatt erscheint im Raum Kiel und vertreibt gemeinsam mit Schwesterblättern (*Segeberger Zeitung*) eine Auflage von 107 600.
- *Lübecker Nachrichten*, Lübeck (Übernahme von 11,3 Prozent direkt und 1,3 Prozent indirekt von Springer vereinbart). Die Nachrichten sind im südöstlichen Schleswig-Holstein Marktführer und haben einschließlich regionaler Ausgaben und Titel eine Auflage von 106 000.

- *Freies Wort, Suhl, und Südthüringer Zeitung*, Bad Salzungen (30 Prozent); beide Zeitungen melden gemeinsam eine schwerpunktmäßig im früheren DDR-Bezirk Suhl abgesetzte Auflage von 75 700.
- *Frankenpost*, Hof (35 Prozent); sie erscheint im nördlichen Oberfranken in einer Auflage von 50 900.
- *Nordbayerischer Kurier*, Bayreuth (31,5 Prozent); das Blatt erzielt in der oberfränkischen Bezirkshauptstadt und der umliegenden Region eine Auflage von 38 800.
- *Cellesche Zeitung* (5,7 Prozent); die Zeitung erscheint in der Region Celle in einer Auflage von 31 500.
- *Oberhessische Presse*, Marburg (11,772 Prozent); die Presse erreicht im Kreis Marburg-Biedenkopf eine Auflage von 30 300.
- „*Neue Presse*“, Coburg (30 Prozent); sie erscheint in Stadt und Landkreis Coburg in einer Auflage von 26 700.
- *Waldeckische Landeszeitung/Frankenberger Zeitung* (23,083 Prozent); die Zeitung erzielt im Kreis Waldeck-Frankenberg eine Auflage von 24 900.
- *Cuxhavener Nachrichten*, Cuxhaven, und *Niederelbe Zeitung*, Otterndorf (32,5 Prozent); die beiden Zeitungen erscheinen in einem 2005 fusionierten Verlag und erreichen im Kreis Cuxhaven gemeinsam eine Auflage von 21 300.

- *Neue Gelnhäuser Zeitung* (11,772 Prozent); das Blatt vertreibt im Main-Kinzig-Kreis eine Auflage von 8200.

Viele Zeitungsverlage sind auch bei lokalen Rundfunksendern engagiert. Indirekt ist die DDVG so bei 27 privaten Rundfunksendern in acht Bundesländern beteiligt. Beim weit über Rheinland-Pfalz hinaus beliebten Sender „RPR1“ ist die DDVG auch direkt beteiligt (Gesamtbeteiligung 11,4 Prozent). Der Sender hat eine Tagesreichweite von 1,8 Millionen Hörerinnen und Hörern.

Die Strategie der Minderheitenbeteiligungen verbindet die SPD geschäftlich mit großen Verlagen. Die DDVG leistet dabei den Partnern durchaus gute Dienste – so hat sie 2003 für kurze Zeit die *Frankenpost* ganz übernommen, um dem Süddeutschen Verlag aus einer kartellrechtlichen Klemme zu helfen. Die Marktanteile der DDVG-Partner an allen Abonnementzeitungen summieren sich nach den Daten des Format-Instituts und unter Berücksichtigung der aktuellen Eigentümerwechsel auf knapp 28 Prozent. Seit Neuestem sind die drei auflagenstärksten Regionalzeitungsverlage alle Partner der DDVG. Ein Partner, der aus unterschiedlichen Verlagshäusern Informationen bündeln und in allen großen Verlagshäusern als Partner Empfehlungen aussprechen kann, dürfte Einflussmöglichkeiten haben, die für eine politische Partei bedeutsam sind.

Partnerverlage der DDVG und ihre Marktstellung bei Abonnementzeitungen

Partner 2000	PI	MA	DDVG-Beteiligung	MA	PI	Partner 2008
Verlagsgruppe Süddeutsche Zeitung	6	3,3	Freies Wort/Frankenpost/Neue Presse	10,8	1	VerlG. Stuttgarter Zeitung/ Südwestpresse/Rheinpfalz
			Frankfurter Rundschau	7,9	2	Verlagsgruppe DuMont Schauberg
Verlagsgruppe WAZ	1	6,0	Westfälische Rundschau	7,7	3	Verlagsgruppe WAZ
Gruner + Jahr	9	3,7	Sächsische Zeitung	1,4		Gruner + Jahr
Springer Verlag	3	6,3	Leipziger Volkszeitung			Springer Verlag
Gesamt:		21,2		27,8		

Spartenergebnisse der DDVG (in tausend Euro)

	2000	2002	2004	2006
Verlag	./. 100	k.A.	k.A.	k.A.
Druckereien	./. 300	./. 500	900	500
Tourismus	./. 1100	./. 300	./. 100	0
Handel/Service	./. 100	400	500	900
Medien-Btlg.	33 500	17 900	27 600	20 600

Unter dem Dach der DDVG sind Medienbeteiligungen und Eigenbetriebe der SPD zusammengefasst. Die Strategie der SPD, aus dem Apparat der Partei als eigenständige Firmen ausgegliederte Dienstleistungen einerseits mit profitablen Minderheitsbeteiligungen, andererseits unter dem Dach einer gemeinsamen Holding zu verbinden, ist einleuchtend: Parteizeitung, Reisebüros, Antiquariat oder Buchführungsfirma können im Preiswettbewerb gut mithalten – was auch dem Parteivorstand als Großkunden zugutekommen könnte –, wenn deren eventuelle Verluste sich in der Holding mit den Erträgen der Beteiligungen steuersparend verrechnen lassen. Die Medienbeteiligungen machen die Holding profitabel, wie der Vergleich der Spartenergebnisse zeigt.

Trotz des namhaften Beitrags zu den Parteifinanzien ist die Freude der SPD an ihren Unternehmensbeteiligungen politisch nicht ungetrübt. Als besonders ärgerlich empfindet die SPD Fragen nach ihrem Einfluss auf Zeitungen, die ihr zum Teil gehören. Die SPD bestreitet nachdrücklich jede Einflussnahme – und betroffene Redaktionen bestätigen das sogar. Auf ihren Sonderseiten zum Einstieg der DDVG betonte die Redaktion der *Frankfurter Rundschau*: „Es ist kein Fall bekannt, in dem die DDVG auch nur versucht hätte, sich in redaktionelle Belange einzumischen.“ Dieser Optimismus hielt nicht lang: Ende August 2005 erhielt der damalige FR-Chefredakteur Storz einen

Brief der SPD-Schatzmeisterin, die Kritik an der Berichterstattung des Blattes zur Linkspartei übte und einen Text zur Veröffentlichung empfahl – vergeblich. Ein knappes Jahr später war Storz seinen Job los.

„Natürlich begegnen einem ganz gewissenhafte Kollegen in der Redaktion, die einen vorauseilenden Gehorsam haben, den die Partei aber gar nicht will, glaube ich“ – so wurde die Motivationslage in den Redaktionen von Ex-Chefredakteur Timpe von der *Neuen Westfälischen* beschrieben. Und die SPD-Schatzmeisterin hielt fest: „Auch dort, wo wir nur 30 Prozent oder 40 Prozent der Anteile haben, kann in der Regel nichts ohne uns passieren.“ Nicht einmal das muss übrigens auch für die Gliederungen der SPD eine gute Nachricht sein, wie sich im Herbst 2008 in Hessen gezeigt hat: Eine vernichtende demoskopische Bestandsaufnahme zu den Linksbündnisplänen der SPD-Landeschefin wurde ausgerechnet in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlicht. Und als ein Stimmenimitator Frau Ypsilanti mit Müntefering-Stimme in ein längeres Telefongespräch verwickelte, war sie mit einem Radiosender verbunden, an dem ihre Partei ebenfalls einen Anteil hält.

Grundbesitz

Die SPD geht für ihren Grundbesitz mit der „Konzentration“ den gleichen Weg, auf dem sie für die Eigenbetriebe und Pressebeteiligungen mit der DDVG be-

reits am Ziel ist: den Weg der Zusammenfassung zu einem bundesweit einheitlich geführten, ausschließlich über die Bundesschatzmeisterin gesteuerten Unternehmen. Der Liegenschaftsbesitz der Partei in den alten Ländern umfasste Ende 1981 insgesamt 47 Objekte. Diese hatten zumeist schon vor 1933 der SPD gehört, waren von der Nazi-Diktatur enteignet und nach 1945 zurückgegeben worden. Nach dem Ende der DDR wurden für die SPD auch in den neuen Ländern zahlreiche Anträge auf Restitution von Parteivermögen gestellt, das von Nazis und Kommunisten enteignet worden war. Die CDU dagegen hat 1990 auf das Vermögen der „Ost-CDU“ zugunsten der Treuhand verzichtet. Im Rechenschaftsbericht für 2000 gab die SPD die Zahl ihrer Immobilien mit – zusätzlich zum Willy-Brandt-Haus – bundesweit 71 an, für 2001 mit 79. Dem Parteitag 2003 konnte Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier berichten, die Arbeiten zur Durchsetzung der Restitutionsansprüche seien weitgehend abgeschlossen, 36 Grundstücke habe die SPD zurückerhalten, von denen vierzehn als nicht sanierungsfähig veräußert worden seien oder zum Verkauf stünden. Im Rechenschaftsbericht 2002 gab die SPD letztmals die Zahl ihrer treuhänderisch für den Parteivorstand gehaltenen Immobilien an, und zwar mit 88.

Aus der Geschichte der SPD heraus und weil Parteien lange nicht als grundbuchfähig galten, treten Treuhänder der Partei als Eigentümer auf – ursprünglich oft lokale und regionale Funktionsträger, später immer öfter juristische Personen.

Der wichtigste Treuhänder ist die „Konzentration“. Sie kümmert sich um die „Entwicklung und Verwaltung von Grundstücken und Grundstücksrechten“. Die historische Vielfalt rechtlich selbstständiger Treuhandgesellschaften schrumpft Schritt für Schritt. In den vergangenen zehn Jahren wurden Grundstücksbesitzgesellschaften

in Bielefeld, Augsburg, Bayreuth, Regensburg, Würzburg, Berlin, Springe, Wilhelmshaven und Wuppertal mit der „Konzentration“ verschmolzen oder vereinigt. Alle diese Gesellschaften boten früher örtlichen Funktionsträgern der SPD Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten, die jetzt nicht mehr bestehen. Derzeit sind als Treuhänder für Grundstücke des SPD-Parteivorstands neben der „Konzentration“ noch sieben weitere Kapitalgesellschaften, drei Personengesellschaften, drei Vereine und zwei Treuhandbesitzgesellschaften tätig. Entsprechende Gesellschaften bestehen in Nürnberg, Frankfurt, Offenbach, Hannover, Dortmund, Köln, Hagen und Herne.

Der von den lokalen und regionalen Gliederungen der SPD nicht zu schulternde Sanierungsbedarf der Immobilien unterstützt den Konzentrationskurs der „Konzentration“. Saniert wurden in den letzten fünfzehn Jahren Gebäude in Magdeburg, Leipzig, Chemnitz, Bayreuth, Coburg, Hof, Heilbronn, Krefeld, Hameln, Troisdorf, Wuppertal, Regensburg, Springe, Stralsund, Strausberg, Würzburg, Recklinghausen, Wilhelmshaven, Göttingen und Esslingen. Großen Wert legt die „Konzentration“ dabei auf den Denkmalschutz und die Wiederbelebung und Pflege der Tradition der Häuser. Doch während die Tradition der Arbeiterbewegung vielfältig und lokal verwurzelt war, bündelt die „Konzentration“ die Traditionspflege nach einem bundesweit weitgehend einheitlichen Konzept.

Der gemeinsame Auftritt der sozialdemokratischen Immobilien auf der Homepage der „Konzentration“ unterstreicht das. Sie präsentiert mittlerweile 37 Immobilien in 34 größeren und kleineren Städten in zehn Ländern. Aus unwidersprochen gebliebenen früheren Berichten ist weiterer Grundbesitz der SPD in 27 Städten bekannt. Insgesamt ist beim Grundbesitz der SPD deutlich weniger für Transparenz gesorgt als bei den Unternehmensbeteiligungen. Die „Konzentration“ bemüht sich bei

Immobilien in zentraler Lage um renommierte Mieter – in Halle residiert das „Institut für Wirtschaftsforschung Halle“ in einem von der „Konzentration“ betreuten Gebäude. In der Regel werden, so die SPD, die Immobilien der Partei von ihren Gliederungen genutzt. Die Frage, ob diese Mieter in den Genuss verbilligter Mieten kommen, ist nicht zuletzt für SPD-Verbände von Interesse, die keine Räume in einem parteieigenen Gebäude nutzen. Sie ist aus öffentlich zugänglichen Unterlagen nicht zu beantworten. Nachweislich zu geringe Mieten haben schon einmal zu einer Rüge durch die Bundestagsverwaltung geführt.

Vom Kopf wieder auf die Füße

Den nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes ermittelten Wert ihrer Beteiligungen an Unternehmen hat die SPD in ihrem Rechenschaftsbericht für 2003 zum Stichtag 1. Januar 2003 mit 165 Millionen Euro angegeben, den Wert ihres Haus- und Grundvermögens mit 92 Millionen Euro. Nach den Vorschriften des Parteiengesetzes wird die nächste entsprechende Bewertung nach fünf Jahren zum 1. Januar 2008 erfolgen und 2010 veröffentlicht. Vergleicht man die nach dem Bewertungsgesetz ermittelten Wertangaben mit den Summen, die in den Spalten „Haus- und Grundvermögen“ und „Beteiligungen an Unternehmen“ des aktuellen Rechenschaftsberichts angegeben sind, dann könnte die SPD „stille Reserven“ in Höhe von 132 Millionen Euro mobilisieren – über die allein der Parteivorstand verfügt und die zu dem offiziell ausgewiesenen Reinvermögen des SPD-Parteivorstands von 84 Millionen Euro noch hinzugedacht werden müssen.

Traditionell waren die Gewichte in der SPD ganz anders verteilt: Erfolge feierte sie häufiger bei Kommunal- und Landtagswahlen als im Bund. Noch Hans-Jochen Vogel pries bei seinem Abschied als SPD-Vorsitzender die „schmucke

Riege“ von sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, die während seiner Amtszeit bei Landtagswahlen große Siege errungen hatte. Die „schmucke Riege“ hatte sich mit Politikkonzepten bei Wahlen durchgesetzt, die über den Kreis der eigenen Anhängerschaft hinaus Anerkennung fanden. Diese Chance nutzt die SPD in den Ländern derzeit eher nicht – viele SPD-Landeschefs fokussieren ihre Politik weit stärker als die Bundesebene ausschließlich auf die traditionelle sozialdemokratische Anhängerschaft.

Dennoch führt die Kurzschlussanalyse in die Irre, die Probleme der SPD in den Ländern mit den handelnden Personen zu erklären. Die Spitzen der SPD-Landesverbände sind vor Aufgaben gestellt, zu deren Bewältigung ihnen so gut wie alle Mittel fehlen. Die meisten Landesverbände der SPD – und besonders der Landesverband Nordrhein-Westfalen – sollen, so war im *Spiegel* zu lesen, bei der Bundespartei verschuldet sein. Die langjährige Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier sah das Problem und lobte „solidarische Finanzumschichtungen“ von den Gliederungen auf die Landesebene. Vor dem Hintergrund der Finanzverteilung in der Partei ist das ein geradezu provozierender Lösungsansatz. Die prekäre Lage der mittleren SPD-Ebene schlägt längst auf die Personalentscheidungen durch – an der Spitze der SPD-Landesverbände bewirbt sich derzeit eher nicht der „Führungsnachwuchs“ der Partei.

Was im Verhältnis von Auszehrung der Mittelebene und „demokratischem Zentralismus“ des Parteivorstands in der SPD Ursache und was Wirkung ist, ist schwer zu entschlüsseln. Klar ist aber: Die Organisationsmacht des Parteivorstands ist kein Ersatz für politische Führungskraft. Die SPD muss die Mitte ihrer Organisation wieder stärken – selbst wenn diese Mitte derzeit nicht für die Mitte ihrer Politik steht.